Globale und internationale Aspekte

Hans-Peter Schwarz

Ost-West, Nord-Süd Weltpolitische Betrachtungen zur deutschen Teilungsepoche

Mein Vortrag hat einen schönen Untertitel: „Weltpolitische Betrachtungen zur deutschen Teilungsepoche“. Schön ist dieser Untertitel, weil er etwas entlastet. Das Wort ‚Betrachtungen‘ darf nämlich als Ermächtigung verstanden werden, aus einem wahren Ozean historischer Probleme mit einer gewissen Eigenwilligkeit nur das herauszufischen, was interessant erscheint, die Befunde alsdann abwägend zu betrachten und dabei eher nachdenklich als analytisch scharf und fußnotenbewehrt vorzugehen¹.

Natürlich weckt der Untertitel auch die Assoziation zu Jacob Burckhardts „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“. Dies soll, so denke ich, nicht zur Unbescheidenheit animieren, aber doch dazu auffordern, die universalgeschichtliche Perspektive nicht ganz zu vergessen.

Wie wir wissen, hat sich die weltgeschichtliche Perspektive von Anfang an aufgedrängt, wenn die dramatis personae versuchten, den Ost-West-Konflikt historisch einzuordnen. Ich erinnere nur an zwei berühmte Aussprüche.

Im Frühjahr 1945 meinte Stalin in nächtlicher Runde des Politbüros, zu der auch eine damals noch im Stand der Gnade stehende jugoslawische Delegation mit Tito an der Spitze gehörte: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann.“²

¹ Die Quellensammlungen, Monographien und Aufsätze zum Thema „Deutschland in der Teilungsepoche“ füllen ganze Bibliotheken. Somit wäre es vertretbar, im folgenden nur die Zitate nachzuweisen. Doch scheint es sinnvoll, an einigen Stellen diesen Grundsatz zu durchbrechen, wobei in erster Linie auf neuere englischsprachige Literatur verwiesen wird.

² *Milovan Djilas*, Gespräche mit Stalin (Frankfurt a.M. 1962) 146.

Die alsbald nach der Okkupation recht planmäßig einsetzende gesellschaftliche Revolutionierung unterschied demnach, so läßt sich dies kommentieren, die Epoche des Kalten Krieges von vielen früheren Konflikten.

Zwei Jahre später, im März 1947, ein weiterer berühmter Ausspruch. Damals wuchs dem in Groton humanistisch gebildeten Unterstaatssekretär im State Department, Dean Acheson, die Aufgabe zu, bei einer entscheidenden Sitzung mit Spitzenpolitikern des Kongresses diesen die Bewilligung von Militärhilfe für Griechenland und die Türkei abzurufen, womit sich alsbald die Truman-Doktrin und die Proklamierung einer globalen Containment-Strategie verbinden sollten. Acheson überzeugte die zögernden Abgeordneten durch einen tiefen Griff in die Asservatenkammer der Universalgeschichte. Niemals, so vernahmen diese, seit Athen und Sparta, niemals seit dem Ringen zwischen Rom und Karthago, war die Welt so wie heute zwischen zwei Großmächten polarisiert gewesen. Die USA und die Sowjetunion seien durch eine unüberwindliche Kluft getrennt – hier Demokratie und individuelle Freiheit, dort Diktatur, somit Konformität, Aggression und Expansionismus³.

Stalin behauptete also, die sozio-politische Teilung Europas in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges sei ein einzigartiger Vorgang. Acheson stellte die Einzigartigkeit dieses Konflikts zwar gleichfalls nicht in Frage, machte aber darauf aufmerksam, daß es sich dabei um einen Machtkampf von Großmächten handle, wie er historisch gelegentlich aufgetreten sei und den künftigen Gang der Geschichte bestimmt habe. Kennzeichnend für den Konflikt sei das Zusammenfallen des Bipolarismus zweier Großmächte mit entsprechender Machtpolitik und die ideologische Polarisierung.

Stalins und Achesons Beobachtungen waren auf ihre Weise zutreffend, und in beiden Fällen wurde die Teilung Europas, woraus auch die Teilung Deutschlands resultierte, als einzigartiges Phänomen der modernen Geschichte begriffen. Lassen Sie mich also im folgenden von diesen beiden Feststellungen ausgehen und daraus die Gliederung meines Vortrages ableiten.

Die Teilungsepoche in Deutschland, so der erste Hauptpunkt, ist historisch nur angemessen verständlich, wenn man die Tatsache würdigt, daß hier durchgehend ein typischer Fall des Primats der Außenpolitik, oder sagen wir besser: eines Primats des internationalen Systems vorliegt. Gewiß hatten während der gesamten Teilungsepoche innere Determinanten in beiden deutschen Staaten durchaus Bedeutung, von den Faktoren politisches System, Wirtschaftssystem, Kultur, Life-Styles, Religion bis hin zur Bedeutung der Wissenschaft. Schlechthin ausschlaggebend aber waren die internationalen Rahmenbedingungen. Das gilt für die Anfänge der Teilungsgeschichte, es gilt, deutlich oder weniger deutlich wahrgenommen, für deren Fortgang, und es gilt für das alle Beteiligten überraschende Finale⁴.

³ *Joseph Jones, The Fifteen Weeks* (New York 1964) 141.

⁴ Die vorrangige Bedeutung der internationalen Rahmenbedingungen arbeitet *Hanns Jürgen Küsters* in seiner breit angelegten und reich dokumentierten Monographie zu den Viermächteverhandlungen über Deutschland eindrucksvoll heraus (*Der Integrationsfriede. Viermächte-*

Die Teilungsepoche ist – zweitens – nur angemessen zu verstehen, wenn man die Grundtatsache richtig interpretiert, daß beide Staaten von Anfang bis Ende in die globalen Systeme der USA und der Sowjetunion einbezogen waren. Diesen Systemen lagen tatsächlich unvereinbare Ordnungsentwürfe des 20. Jahrhunderts zugrunde. Das heißt aber gleichzeitig: Die Betrachtung darf nicht dabei stehen bleiben, nur zu konstatieren, hier hätten zwei Hegemonialmächte mit zahlreichen kleineren oder großen Alliierten im Gefolge jenen Kalten Krieg ausgetragen, wofür Raymond Aron schon in den frühen fünfziger Jahren den Begriff „*Les guerres en chaînes*“⁵ geprägt hat. Ein zutreffendes Verständnis muß sich vielmehr daran orientieren, daß diese Systeme, die man vulgo als Hegemonialsysteme und somit als quasi identisch bezeichnet, tatsächlich qualitativ unterschiedlich beschaffen waren – qualitativ unterschiedlich in bezug auf die innere Ordnung der von den beiden Führungsmächten abhängigen Staaten, qualitativ unterschiedlich bezüglich der Führungsinstrumente, qualitativ unterschiedlich auch in bezug auf den Gestaltungsspielraum der abhängigen Staaten sowohl nach innen als auch nach außen. Diese Grundtatsache der Teilungsepoche wird oft vergessen, und zwar von Historikern und Politologen gleichermaßen⁶.

teverhandlungen über Deutschland 1945–1990, München 2000). Diese erstmalige Untersuchung sämtlicher Viermächteverhandlungen enthält auch eine umfassende Bibliographie der Dokumentensammlungen, sonstigen Quellen und aller einschlägigen, bis zum Jahr 2000 erschienenen Sekundärliteratur zu den internationalen Aspekten der deutschen Frage.

⁵ *Raymond Aron, Les guerres en chaînes* (Paris 1951).

⁶ Von den Gesamtdarstellungen zum Kalten Krieg, die nach dem Ende der Sowjetunion und in Kenntnis der seit Glasnost und dem Zusammenbruch des Ostblocks stark erweiterten Quellenlage erschienen sind, sei vor allem genannt: *Georges-Henri Soutou, La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990* (Paris 2001) – eine ausgezeichnete Darstellung unter kritischer Einbeziehung der internationalen Forschung sowie der nach dem Ende des Ostblocks neu erschlossenen Quellen, gute Bibliographie. Lesenswert sind gleichfalls *David Miller, The Cold War. A Military History* (London 1998) und *John Lewis Gaddis, We now Know: Rethinking Cold War History* (Oxford 1997). Dazu *David C. Hendrickson* mit leicht ironischer Verbeugung vor diesem besonders kundigen Sachkenner, der erstmals in den Jahren Nixons als Revisionist begonnen hat: „Despite the promise of startling revelations from newly opened archives, what „we now know“ turns out to bear an uncanny resemblance to what we thought then; never has „post-revisionism“ seemed so indistinguishable from the original orthodoxy. Much of the orthodoxy, as Gaddis insists, saw the issues at stake in Europe more clearly than the revisionists, appalled by Vietnam, later would“, in: *Foreign Affairs* 76/4 (July/Aug. 1997) 153.

Anregend sind auch: *Richard Crockett, The Fifty Years War. The United States and the Soviet Union in World Politics, 1941–1991* (New York 1995) sowie (zum Kalten Krieg in der Dritten Welt) *Peter W. Rodman, More Precious than Peace: The Cold War and the Struggle for the Third World* (New York 1994) und *Martin Walker, The Cold War: A History* (New York 1993). Eine Klasse für sich ist *Henry Kissingers* Rückblick: *Diplomacy* (New York 1994). *Michael Howard* hat dies zwar spöttisch kommentiert „The World According to Henry. From Metternich to me“, in: *Foreign Affairs* 73/3 (May/June 1994), doch das Werk ist gut zur Hälfte (423–803) die bislang souveränste Darstellung der Epoche des Kalten Krieges aus realistischer Perspektive.

Zur amerikanischen Außenpolitik in der Epoche des Kalten Krieges sind erwähnenswert: *Michael J. Hogan, America in the World: The Historiography of American Foreign Relati-*

Die dritte grundlegende Bedingung: Diese beiden Hegemonialsysteme befanden sich von Anfang bis zum Schluß in globaler Auseinandersetzung. Intensität, regionale Schwerpunkte, Instrumente und Akteure des Ost-West-Konflikts veränderten sich zwar von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Die unaufhörliche Wandelbarkeit, nach Jacob Burckhardt „das Thema der Geschichte überhaupt“⁷, hat selbstverständlich auch durchgehend die deutsche Teilungsepoche gekennzeichnet. In diesem dauernden Wandel wirkten sich aber doch Kontinuitäten aus, und eine dieser wesentlichen Kontinuitäten war der Sachverhalt, daß auf die deutsche Teilung komplizierte globale Interdependenzen ständig eingewirkt haben.

Die Chiffre Ost-West, Nord-Süd in meinem Thema bringt das zum Ausdruck. Dabei kamen besonders die fernöstlichen Schauplätze des Ost-West-Konflikts ins Spiel (China, Japan, Korea, Indochina). Doch genauso wichtig war der weltgeschichtliche Vorgang der Dekolonisierung. Heute wissen wir sogar, daß der Ost-West-Konflikt trotz seiner Ausdehnung, Intensität und Gefährlichkeit ein transitorischer Konflikt war, während die Dekolonisierung außerhalb Europas und Amerikas ein völlig neues, relativ doch dauerhaftes Staatensystem entstehen ließ, das weit ins 21. Jahrhundert hineinwirken wird. Universalgeschichtlich gesehen, war die Dekolonisierung und die Etablierung eines völlig neuen Weltstaatensystems letztlich doch die wichtigste Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Schon diese Beobachtung muß dazu anregen, die Einwirkungen dieser Vorgänge auf die deutsche Teilungsepoche zu berücksichtigen. Eine bloß eurozentrische oder gar germanozentrische Sicht der Dinge, wie sie häufig begegnet, wäre unangemessen.

Rückt man die deutsche Teilung in diese globalen Zusammenhänge, ist stets zweierlei zu sehen: einerseits deren direkte oder indirekte Rückwirkungen auf die

ons (New York 1995) und *Tony Smith*, *America's Mission: The United States in the World-wide Struggle for Democracy in the Twentieth Century* (Princeton 1994). Den besten Überblick in deutscher Sprache zu den Entwicklungen seit Beginn der sechziger Jahre vermittelt *Christian Hacke*, *Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton* (Berlin 1997).

Das derzeit beste der neueren Bücher zur sowjetischen Außenpolitik im Kalten Krieg, das russische Historiker auf der Basis neu erschlossener Quellen vorgelegt haben, stammt von *Vladislav Zubok*, *Constantine Pleshakov*, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev* (Cambridge, Mass. 1996). Dazu *Robert Legvold*: „the most significant addition to the literature on Soviet foreign policy to have appeared since the end of the Cold War... Stalin and his successors were aggressive, power seeking imperialists that the West had reason to fear and resist...“, in: *Foreign Affairs* 75/4 (July/ Aug. 1996) 153 f. Besonders wertvoll und im deutschen Schrifttum noch nicht hinlänglich rezipiert sind die vom Woodrow Wilson International Center for Scholars in englischsprachiger Übersetzung veröffentlichten und gut kommentierten Schlüsseldokumente aus Ostblock-Archiven (*The Bulletin of the Cold war International History Project*).

Erwähnung verdienen würden auch zahlreiche, zumeist recht fundierte amerikanische Untersuchungen zu einzelnen Ländern oder Regionen sowie zum Bereich der Rüstung, insbesondere der Nuklearrüstung, die auf die Gesamtentwicklung des Kalten Krieges einwirkten und die in den euro- und germano-zentrischen Darstellungen hierzulande nur selten Beachtung finden.

⁷ *Jacob Burckhardt*, *Weltgeschichtliche Betrachtungen* (Stuttgart 1955) 7.

beiden deutschen Staaten, andererseits die eigenständigen oder von den Hegemonialmächten veranlaßten Versuche beider deutscher Staaten, auf die globale Neuordnung ihrerseits einzuwirken.

Dabei wäre es falsch, nur auf die geo-strategisch bedeutsamen Vorgänge zu achten, so wichtig diese auch gewesen sind. Man muß gleichzeitig würdigen, daß sich in den Jahrzehnten des Kalten Krieges weltweit ein Ringen um die beste Weltwirtschaftsordnung abgespielt hat, ohne daß dabei das Modell des amerikanischen Kapitalismus oder der sowjetischen Planwirtschaft in den jeweiligen Systemen überall in reiner Form auftrat. Lange Zeit hatte es den Anschein, als wäre es möglich, zwischen unterschiedlichen Varianten des Kapitalismus und der Staatswirtschaft zu wählen. Die Überlegenheit des amerikanischen Modells ist zwar zwischen 1945 und Mitte der fünfziger Jahre und schließlich seit Mitte der achtziger Jahre manifest geworden. In den dazwischen liegenden Jahrzehnten war dies aber nicht so klar, und auch dieser Umstand war von Bedeutung für die deutsche Teilungsepoche.

Dies führt zum vierten und letzten Punkt, bei dem es um den Umbruch ging, der sich 1989/90 manifestierte und der seine Vorgeschichte hatte. Bekanntlich haben sich die Historiker über Jahrzehnte hinweg intensiv mit der Frage beschäftigt, wie und an wen die Schuld für die deutsche Teilung zu verteilen sei. Aus diesem Thema lassen sich aber seit dem Zusammenbruch des Ostblocks keine Funken mehr schlagen⁸.

Aktuell und für die deutsche Teilungsgeschichte wichtig sind aber zwei andere Fragen. Wie kam es denn eigentlich zum Kollaps der Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa, obwohl der Herrschaft dieser nuklear und konventionell hochgerüsteten, eigentlich unangreifbaren und gar nicht zu vertreibenden Vormacht eine Art Ewigkeitsvermutung unterstellt wurde? Und wie ist es erklärbar, daß der Kollaps fast widerstandslos, nur unter kläglichem Wimmern erfolgte und nicht mit großem Knall? Einen solchen hatte, wir wissen das, unter anderen auch der

⁸ Das schließt natürlich nicht aus, daß ständig neue, quellengesättigte und solide Untersuchungen zu diesem Thema erscheinen, ohne aber zu grundlegenden Neuinterpretationen Anlaß zu geben. Dazu zählen beispielsweise: *David Reynolds* (ed.), *The Origins of the Cold War in Europe: International Perspectives* (New Haven 1994); *Anne Deighton*, *The Impossible Peace: Britain, the Division of Germany, and the Origins of the Cold War* (New York 1996) oder *Norman N. Naimark*, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation* (Cambridge, Mass. 1995).

⁹ Trotz zeitlicher Nähe gehört der spektakuläre Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums zu den am gründlichsten untersuchten Problemen des Kalten Krieges. Auch dazu können neben den bereits erwähnten Werken nur wenige Publikationen genannt werden: *Mark Kramer*, *The Collapse of the Soviet Union* (Boulder CO 2000); *Michael Dobbs*, *Down with Big Brother: The Fall of the Soviet Empire* (New York 1997) – gutes Beispiel für packende Geschichtsschreibung durch einen Moskauer Korrespondenten, der sich dabei auch auf zahlreiche Interviews stützte; *Ralph Summy*, *Michael E. Salla* (eds.), *Why the Cold War Ended: A Range of Interpretations* (Westport, Conn. 1995); *Jack F. Matlock*, *Autopsy of an Empire: The American Ambassador's Account of the Collapse of the Soviet Union* (New York 1995); *Raymond L. Garthoff*, *The Great Transition: American-Soviet Relations and the End of the Cold War* (Washington, D.C. 1995); dagegen mit guten Argumenten *Richard Pipes*, *Misinter-*

kluge Paul Kennedy unter Bezugnahme auf die Sowjetunion prognostiziert, als er 1986 schrieb, noch nie habe ein Weltreich den Abstieg charmant akzeptiert, weder die Herren des Ottomanischen Reiches, noch die Spanier, noch Napoleon, noch die Briten. So müßten auch diejenigen, die sich auf den Kollaps der Sowjetunion freuten, damit rechnen, daß derartige Transformationen ihren hohen Preis zu kosten pflegen und nicht immer vorhersagbar verlaufen¹⁰.

I.

Unter Historikern oder Politologen flammt immer wieder einmal ein müßiger Streit darüber auf, ob die Politik moderner Staaten vorwiegend unter dem Primat der Außenpolitik oder der Innenpolitik steht. Die Wirklichkeit ist aber zumeist durch ein verschlungenes Ineinander externer und interner Determinanten bestimmt. Allerdings ist es richtig, daß bestimmte grundlegende Konstellationen mehr aus den Gegebenheiten des internationalen Systems oder mehr aus denen im Binnenbereich der einzelnen Staaten erklärt werden müssen. Für ein Verständnis der Bundesrepublik und der DDR in der Teilungsepoche dürfte kein Zweifel möglich sein: Hier muß man in der Tat vom Primat des internationalen Systems ausgehen. Die Teilung Deutschlands unter Etablierung zweier Staaten, die Stabilisierung der Teilung und schließlich die Beendigung der Zweistaatlichkeit sind vorwiegend durch dieses Paradigma erklärbar.

Im Verlauf der fünfziger Jahre, als die Bundesrepublik Deutschland einerseits, die Deutsche Demokratische Republik andererseits ihre Binnenstruktur entwickelten und als die jeweiligen Eliten Position bezogen, ist dies auch noch weitgehend so gesehen worden – in der politischen Öffentlichkeit und von den politologischen Analytikern gleicherweise. So lesen wir beispielsweise in dem für das weltpolitische Denken in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren repräsentativen Jahrbuch „Die internationale Politik 1955“¹¹: „Die Verhandlungen der Besatzungsmächte [über Deutschland] gerieten in das bipolare Spannungsfeld der entgegengesetzten gesellschaftspolitischen Ideen und Ziele der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten und wurden sehr bald zu einer Kraftprobe der Welt-

preting the Cold War. The Hard-Liners Had it Right, in: *Foreign Affairs* 74 (1995) 154–160; *Christoph Bluth*, *The Collapse of Soviet Military Power* (Aldershot 1995) und *John B. Dunlop*, *The Rise of Russia and the Fall of the Soviet Empire* (Princeton 1993). Eine neuere deutsche Darstellung, fokussiert auf die achtziger Jahre, ist *Michael Ploetz*, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall* (Berlin 2000). Zu den langfristigen Ursachen des Zusammenbruchs der DDR siehe vor allem *Hannes Adomeit*, *Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis based on New Archival Evidence* (Baden-Baden 1998).

¹⁰ *Paul Kennedy*, *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000* (New York 1987) 514.

¹¹ *Die internationale Politik 1955* (Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), hrsg. von *Arnold Bergstraesser* und *Wilhelm Cornides* (München 1958) 163.

mächte. Das gesellschaftliche und staatliche Leben Europas wurde in allen seinen Schichten von dieser Auseinandersetzung erfaßt und in zwei Lager gerissen ...“

Anfang der siebziger Jahre indessen schien die deutsche Teilung bereits so dauerhaft verfestigt, daß formelle Modus-vivendi-Regelungen möglich wurden, sogar für die von der Natur der Sache her fast unlösbare Berlin-Frage. Auch für die zahllosen menschlichen Tragödien oder doch Beschwernisse der Teilung ließen sich Erleichterungen finden. Jetzt erst kamen die Jahre, in denen viele in der Politik, in der Publizistik, auch in den Geschichts- und Sozialwissenschaften, der Neigung nachgegeben haben, die äußeren Bedingungen der deutschen Teilung gewissermaßen als neuen, unveränderlichen, ja sogar halbwegs legitimen Ordnungsrahmen des europäischen Staatensystems zu begreifen, sie somit aus dem Blickfeld zu rücken und vorwiegend die sozio-ökonomischen und sozio-politischen Determinanten im Binnenbereich beider Staaten als bedeutsam, somit als untersuchungswürdig zu betrachten.

Gewiß hatte die mehrheitliche Hinwendung der Geschichtswissenschaft, auch der Zeitgeschichtsforschung, zu einer primär sozialgeschichtlichen Betrachtungsweise¹² viele Gründe. Doch die Tatsache, daß die lange Zeit so labile und mit Kriegsgefahr verbundene deutsche Frage nunmehr im Tiefkühlfach der Geschichte eingefroren schien, erklärt doch manches – ich will jetzt keine Namen nennen – von der Aversion gegen die „große Politik“ und gegen die altüberkommenen Lehren vom Primat des internationalen Systems.

Tatsächlich war die Annahme eines Primats des internationalen Systems in der deutschen Geschichtswissenschaft von Ranke bis Gerhard Ritter ein maßgebliches Paradigma gewesen, wenn nicht gar das maßgeblichste. „Das innere Verfassungsleben der Staaten schmiegt sich naturgemäß den äußeren politischen Existenzbedingungen an“, hatte beispielsweise Otto Hintze in dem später vielzitierten Aufsatz „Staatenbildung und Verfassungsentwicklung“ unter Bezugnahme auf die über Jahrhunderte hinweg sich vollziehende Ausformung der Nationalstaaten Europas formuliert. „Die Nationalität der europäischen Kulturvölker“ sei „ein Produkt der Staatenbildung“¹³. Und an anderer Stelle konnte man bei ihm lesen: der bisherige „moderne Staat“ sei „eine Funktion des europäischen Staatensystems, dessen Gleichgewichtsdynamik zwischen relativ kleinen nationalen Einheiten ihr Spiel trieb“¹⁴.

¹² Kennzeichnend für diese Tendenz ist beispielsweise das 1985 unter Leitung von Hartmut Zimmermann in 3. Aufl. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebene zweibändige *DDR-Handbuch*. Eine Ausnahme von dem weitverbreiteten Desinteresse an den internationalen Bedingungen und Aktivitäten der DDR bildete der – auf dem Informationsstand der siebziger Jahre beruhende – von *Hans-Adolf Jacobsen* u. a. (maßgeblich: *Eberhard Schulz*) im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegebene Sammelband: *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder* (München 1979).

¹³ *Otto Hintze*, *Staatenbildung und Verfassungsentwicklung* (1902), in: *Staat und Verfassung*, hrsg. von *Gerhard Oestreich* (2. erw. Aufl. Göttingen 1962) 36f.

¹⁴ *Ders.*, *Wesen und Wandlung des modernen Staates* (1931) 489.

Als Hintze dies im Jahr 1931 schrieb, beobachtete er bereits die Tendenz der führenden Weltmächte, „größere übernationale Räume“ in neuartiger Weise zusammenzufassen¹⁵. Die neue Welt wolle „auf etwas anderes hinaus als der ehemals moderne bürgerlich-nationale Staat“¹⁶. Nach der Katastrophe der deutschen Großmacht, nach Etablierung des sowjetischen Imperiums in Osteuropa und in Mitteleuropa bei gleichzeitiger Errichtung des amerikanischen Hegemonialsystems, und als das westliche Europa in neuartigen Formen zusammenwuchs, übernahmen viele Beobachter diese Sicht der Dinge, nicht zuletzt maßgebliche deutsche Historiker¹⁷.

Der an und für sich ganz unnatürliche Zustand, nämlich die Kontrolle Europas durch die außereuropäische Weltmacht USA und durch die allenfalls halb europäische Großmacht Sowjetunion, schien nach einigen Jahrzehnten einen Zustand heraufgeführt zu haben, den Hintze 1931 recht helllichtig als „Gleichgewicht der Macht in dem Weltstaatensystem der Zukunft“ bezeichnet hatte, dies mit der Aufforderung: danach müsse Deutschland streben, nicht nach „Weltmacht“, sondern nach einem derart neuen Gleichgewichtssystem. Der Griff nach der Weltmacht war in der Tat gescheitert, und so fand zumindest die Außenpolitik der Bundesrepublik auf einem Umweg zu dieser Zieldefinition zurück.

Eben dies erklärt aber auch, weshalb das außenpolitische Establishment in der Bundesrepublik, viele ihrer Historiker mit inbegriffen, die beunruhigende Grundtatsache deutscher Geschichte unwillig nicht mehr wahrhaben wollte, daß die Eigenart der Verhältnisse in Deutschland, um mit Napoleon zu sprechen, nicht das Sein, sondern das Werden, nicht die Dauerhaftigkeit der Strukturen, sondern der Wandel ist¹⁸. Kein Wunder also, daß seit Ende der sechziger Jahre das Paradigma vom „Primat der Innenpolitik“ vorherrschend wurde, also die Lehre von der prioritären Bedeutung innergesellschaftlicher, sozio-ökonomischer und innenpolitischer Faktoren¹⁹. Das blieb zwar auch in Deutschland nicht unwidersprochen²⁰, doch es ist auffallend, daß es vor allem auch amerikanische Politologen waren, die damals dafür plädiert haben, die Möglichkeit grundlegenden Wandels aufgrund der Dynamik des internationalen Systems nicht zu vergessen. Von den Logenplätzen einer Weltmacht reicht der Blick eben doch etwas weiter als aus der

¹⁵ Ebd. 489.

¹⁶ Ebd. 496.

¹⁷ Siehe dazu meinen Aufsatz: Mit gestopften Trompeten. Die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht westdeutscher Historiker, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (11/1993) 683–704.

¹⁸ Der früh verstorbene *Jens Hacker* hat dies materialreich, polemisch, bisweilen überzogen und in Einzelfällen ungerecht, in der Gesamttendenz aber doch zutreffend dargestellt: *Deutsche Irrtümer 1949–1989. Schönfärberei und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen* (Berlin 1992).

¹⁹ Siehe dazu beispielsweise *Hans-Ulrich Wehler*, *Geschichtswissenschaft heute*, in: *Jürgen Habermas* (Hrsg.), *Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘ 2* (Frankfurt a. M. 1979) 735.

²⁰ Zusammenfassend *Klaus Hildebrand*, *Staatskunst oder Systemzwang? Die ‚deutsche Frage‘ als Problem der Weltpolitik*, in: *HZ* 228 (1979) 624–644.

engen Studierstube am Rande des Teutoburger Walds im teutonischen Kernland des östlichen Westfalen.

Einer dieser amerikanischen Politologen war David Calleo von der John Hopkins University, Washington. Er hat Ende der siebziger Jahre eine Studie des Titels „The German Problem Reconsidered“²¹ veröffentlicht. Die ganz widernatürliche Teilung Deutschlands und Europas erschien damals vielen bereits als natürliche Grundstruktur des neuen europäischen Nachkriegssystems, die Bundesrepublik und die DDR waren bereits 30 Jahre alt und fest etabliert, so daß Calleo wie wir alle (oder wie doch fast alle von uns) konstatierte, die beiden deutschen Staaten hätten sich „angesichts ihres eindrucksvollen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs mit Deutschlands nationalem Schicksal abgefunden, ja zufriedengegeben“²². Man nehme heute an, „daß die russisch-amerikanische Doppelherrschaft über Europa seit Kriegsende das Deutsche Problem gelöst hat“²³.

Dies gesagt, gab Calleo allerdings zu bedenken: wenn wir einen Blick in die Zukunft tun, „dann sollten wir nicht als selbstverständlich voraussetzen, daß der gegenwärtige Zustand Deutschlands oder Europas ewig andauert. Es könnte sein, daß sich Deutschland nicht damit zufrieden geben wird, auf immer geteilt zu sein; es könnte sein, daß Europa sein Glück nicht auf Dauer in einer amerikanisch-sowjetischen Doppelherrschaft sehen wird“²⁴.

Man müsse eben doch erkennen, daß das sogenannte Deutsche Problem in weiterem historischem Blickwinkel immer in erster Linie eine Folge der Gegebenheiten des internationalen Systems gewesen sei. Die Völker Europas hätten seit dem Mittelalter eine ganze Anzahl von imperialen und föderativen Modellen ausprobiert, auch viele Varianten der Gleichgewichtspolitik. Viel spreche dafür, daß es auch so weitergehen werde, wenngleich in neuen Formen und Konfigurationen. Wesentlich in unserem Kontext war die Hauptthese: kulturelles Selbstverständnis, Wirtschaftsordnung, politische Ordnung, kurz: die Gesamtheit der deutschen Geschichte werde seit der frühen Neuzeit primär von den Bedingungen des internationalen Systems determiniert, das nicht erst seit 1945 ein globales System ist.

Wenn wir die historische Forschung seit dem Umbruch in Europa 1989/91 betrachten, so läßt sich konstatieren, daß sich dieses Paradigma zum Verständnis der deutschen Teilung erneut durchgesetzt hat. Natürlich fragen wir weiter und werden auch auf unserem Kolloquium fragen: wie ‚deutsch‘ im Sinn der Kontinuitäten der Jahrzehnte der im Deutschen Reich eingeschmolzenen Gesellschaft sind Bundesrepublik und DDR auch in der Epoche der Teilung geblieben? Doch vom Paradigma eines Primats des internationalen Systems in der deutschen Teilungs-

²¹ David P. Calleo, *The German Problem Reconsidered. Germany and the World Order. 1870 to the Present* (Cambridge 1978); *ders.*, *Dt. Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr* (Bonn 1980).

²² Calleo, *Dt. Legende und Wirklichkeit* 24.

²³ Ebd. 18.

²⁴ Ebd. 25.

epoche ausgehend, müssen wir eben doch auch fragen: wie ‚russisch‘ ist die DDR in diesem Zeitraum geworden, auch: wie ‚amerikanisch‘ oder ‚westeuropäisch‘ die Bundesrepublik?

II.

Dies führt zum zweiten Hauptpunkt unserer Betrachtung, nämlich zur Frage des Bewegungsspielraums und der autonomen Gestaltungsmöglichkeiten der beiden Deutschland einerseits im amerikanischen, andererseits im sowjetischen System.

Lassen Sie mich hier an die Theorie Heinrich Triepels erinnern. Er hat vor mehr als 60 Jahren eine immer noch lesenswerte Untersuchung des Titels „Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten“ veröffentlicht²⁵. Triepel untersuchte darin mit begrifflichem Scharfsinn unter Erörterung einer großen Fülle universalgeschichtlicher Machtkonfigurationen das Phänomen der Über- und Unterordnung, desgleichen die Verflechtungen und Einflußmöglichkeiten in unterschiedlichsten politischen Systemen sowie Zusammenschlüssen. Dabei hat er begrifflich streng zwischen Herrschaftssystemen und Hegemonialsystemen unterschieden. Ich bin der Meinung, daß diese Unterscheidung auch für die Analyse der Bundesrepublik und der DDR bezüglich ihrer jeweiligen Vormächte fruchtbar ist.

In bezug auf Herrschaftssysteme formulierte er: „Vom Standpunkt der Machtunterworfenen betrachtet, gibt es unendlich verschiedene Grade der Abhängigkeit. Die Stufenleiter beginnt mit dem bloßen Einfluss, sie endet mit der Herrschaft. Zwischen beiden Polen bewegt sich das ganze internationale Leben ...“²⁶ Und weiter: „Im Gegensatz zum bloßen Einflusse ist Herrschaft die Fähigkeit eines Willens, andere Willen durch Aussicht auf äußeren Zwang zu motivieren. Sie ist streng einseitig, setzt keinerlei Anerkennung des Unterworfenen voraus. Hinter der Herrschaft eines Staates über einen anderen Staat steht ständig die Drohung mit Zwang; der herrschende Staat befiehlt und weiß den Befehl mit Gewalt durchzusetzen. Versucht sich der beherrschte Staat der Unterwerfung zu entziehen, so ist das Abfall, Rebellion.“²⁷

Unnötig zu betonen, daß Triepel mit idealtypischen Begriffen gearbeitet hat. Kaum einer Großmacht, die über eine unterworfenen Region Herrschaft ausübte, ist es bisher gelungen, das Verhältnis zwischen Herr und Sklave auf Dauer im Sinne absoluter Kommandogewalt zu gestalten. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der DDR. Selbst in Herrschaftsverhältnissen kommt stets – zeitweilig mehr, zeitweilig weniger – auch der Faktor Anerkennung durch die Unterworfenen ins Spiel, gewiß oft nur sehr stark eingeschränkt, gewissermaßen in Spurenelementen.

²⁵ *Heinrich Triepel*, Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten (Stuttgart 1943).

²⁶ Ebd. 139.

²⁷ Ebd. 141.

Ganz abwesend aber ist der Faktor Anerkennung durch die Machteliten oder die Gesamtbevölkerung nie, und in Krisenphasen kann das Problem der Legitimität internationaler Herrschaft ganz entscheidend werden. Dennoch gilt: Auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der DDR muß durchgehend der Begriff Herrschaftssystem im Triepelschen Verständnis angewandt werden²⁸.

Ganz anders war in den Jahrzehnten des Kalten Krieges das Beziehungsmuster zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Großmächten im allgemeinen und zu den USA im besonderen beschaffen. Auch das westliche Deutschland war abhängig, dies nicht nur in den Gründerjahren der Bundesrepublik bis Mitte der fünfziger Jahre. Doch handelte es sich dabei um Abhängigkeit innerhalb eines Hegemonialsystems. „Die Hegemonie“, um nochmals Triepel das Wort zu geben, „stützt sich immer auf eine Anerkennung des geführten Staates ...“²⁹. Anerkennung ist bei Triepel ein Begriff, den wir heute mit dem uns vertrauteren Terminus Legitimität umschreiben würden³⁰.

Zwar beinhaltet auch ein Hegemonialsystem potentielle Zwangselemente. Wesentlich aber ist ein Doppeltes. Die schwächeren Partner im Hegemonialsystem sind im eigenen Interesse zur Unterordnung unter die Hegemonialmacht (oder die Hegemonialmächte) bereit. Sie halten das Hegemonialsystem aus einer ganzen Reihe von Gründen für nützlich bzw. legitim: etwa, weil sie sich gegenüber einer feindlichen Großmacht exponiert fühlen oder weil sie ihre Wirtschaftsinteressen im Hegemonialsystem am besten aufgehoben sehen oder aufgrund von kulturellen, politischen, historisch gewachsenen und ideologischen Gemeinsamkeiten. Auf seiten des Hegemons aber, dies der andere Aspekt, setzt die Hegemonie die Weitsicht und die Zivilisiertheit voraus, das Verhältnis zu dem oder den abhängigen Staaten nicht herrschaftlich, sondern prinzipiell partnerschaftlich zu organisieren. Der Hegemon muß klug genug sein, „Selbstbändigung der Macht“ zu praktizieren, wie Triepel sich ausdrückt. Das sei ein Merkmal „höchster Reife“³¹.

Soweit Triepel. Bekanntlich ist heute unter Politologen und Historikern die Neigung vorherrschend, Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Hegemonialmächten und schwächeren Staaten in deren Einwirkungsbereich generell mit dem Begriff Hegemonie zu erfassen, wobei dann im einzelnen ausgeführt wird, die jeweilige Hegemonie sei eben durch ein Mehr oder Weniger an Zwangsgewalt gekennzeichnet. Doch spricht viel dafür, die qualitativen Unterschiede nicht durch Verwendung desselben Begriffs zu verwischen.

²⁸ Die Abhängigkeit war von Anfang an ziemlich total, siehe dazu *Stefan Creuzberg*, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* (Köln 1996). Nach dem Mauerbau wurde das Kontrollsystem verfeinert; gewisse Elemente von Eigenständigkeit erschienen aus sowjetischer Sicht zeitweise akzeptabel. An der grundlegenden Dependenz als solcher änderte dies nur wenig.

²⁹ Ebd.

³⁰ Dazu in universalgeschichtlicher Perspektive der von *Geir Lundestad* herausgegebene Sammelband: *The Fall of the Great Powers: Peace, Stability, and Legitimacy* (New York 1994); *ders.*, *The American „Empire“ and Other Studies of US Foreign Policy in Contemporary Perspective* (New York 1990).

³¹ Ebd. 149.

Im Fall der Bundesrepublik und der DDR ist auch deshalb vor allem auf die Unterschiede zu achten, weil das westliche Hegemonialsystem eine besonders komplizierte Konfiguration aufwies. In der eben erwähnten Untersuchung hatte Triepel darauf aufmerksam gemacht, beim Blick auf die geschichtliche Welt lasse sich auch so etwas wie das Phänomen einer „Kollektivhegemonie“ ausmachen. Als aktuelle Beispielfälle nannte er den hervorgehobenen Status der „Principales Puissances alliés et associés“ des Völkerbunds, also (nachdem die USA dem Völkerbund nicht beigetreten waren) Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans³².

Würde er seine Studie 20 Jahre später veröffentlicht haben, hätte er einen weiteren, besonders denkwürdigen Beispielfall nennen können: die hegemoniale Rolle, welche die drei westlichen Deutschlandmächte USA, Großbritannien und Frankreich, gestützt auf das Besatzungsstatut, zwischen 1949 und 1955 gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gespielt haben. In den ersten Jahren der „Bonner Demokratie“ (Alfred Grosser) thronte bekanntlich die Hohe Kommission als eine Art Ober-Regierung mit prinzipiell, aber auf vielen Feldern auch faktisch noch sehr weit reichenden Zuständigkeiten auf dem Petersberg, während die von Adenauer geführte Regierung des Quasi-Protektorats Bundesrepublik Deutschland und die Bonner parlamentarischen Institutionen tief unten in der Rheinebene lagen und sich politisch mühsam zur Souveränität emporarbeiten mußten.

Allerdings haben die Vereinigten Staaten in diesem hegemonialen Trio der westlichen Deutschland-Mächte von Anbeginn an als die Vormacht agiert. Dies auch deshalb, weil sich Großbritannien und Frankreich seit dem Jahr 1947 freiwillig-unfreiwillig den USA als der anti-sowjetischen Schutzmacht unterstellt hatten, welche zugleich allein in der Lage war, die wirtschaftliche Lähmung Westeuropas durch Kapitalhilfe zu überwinden³³.

³² Ebd. 291.

³³ Aus Sicht der Bundesrepublik sind die Begrenzungen des deutschen Handlungsspielraums bis zum Inkrafttreten des Deutschlandvertrags schon häufig geschildert worden. Doch wird eine quellengestützte, umfassende Darstellung erst möglich sein, wenn die Akten der Alliierten Hohen Kommission zugänglich sind. Immerhin vermitteln die als Teil der *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland* vom Verf. herausgegebenen Sitzungsprotokolle der Verhandlungen Adenauers mit den Hohen Kommissaren (Adenauer und die Hohen Kommissare, 1949–1951 und 1952, 2 Bde., München 1989–1990) in Verbindung mit den wenngleich mit Einschränkungen zugänglichen amerikanischen und britischen Akten ein vergleichsweise deutliches Bild. – Strategie und Taktik der französischen Verzögerungsmanöver sind beispielsweise im Hinblick auf den Deutschlandvertrag von *Eckart Lohse* detailliert nachgewiesen worden: Östliche Lockungen und westliche Zwänge. Paris und die deutsche Teilung 1949 bis 1955 (München 1995). Wie Frankreich dabei die Viermächte-Verantwortung ins Spiel gebracht hat, wird in der schon erwähnten Untersuchung von *Hanns Jürgen Küsters*, *Der Integrationsfriede*, analysiert. Zur Bedeutung der Stationierungsabkommen siehe *Daniel Hofmann*, *Truppenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland*. Die Vertragsverhandlungen mit den Westmächten 1951–1959 (München 1997). Auch *Hermann Josef Rupieper* hat sich, vorwiegend unter Bezugnahme auf die USA, mit der Materie befaßt: *Der besetzte Verbündete*. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955 (Opladen 1991). Der knallige Titel dieses Buches wird allerdings der Vielschichtigkeit der damaligen deutsch-

Dank amerikanischer Vernunft und aufgrund des natürlichen Gewichts der westeuropäischen Mitgliedsländer des amerikanischen Hegemonialsystems ist die Hegemonie der USA durchgehend vergleichsweise partnerschaftlich gestaltet worden. Deshalb bezeichnet man dieses System auch zumeist als liberale Hegemonie.

Der Bundesrepublik gelang es in den Jahren zwischen 1949 und 1955, als fast gleichberechtigtes und durchaus gleichgewichtiges Mitglied in diesem Hegemonialsystem Aufnahme zu finden. Je weiter es in die fünfziger und später in die sechziger Jahre hineinging, um so mehr verwischten sich die Unterschiede zwischen Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, die allesamt trotz Auftrumpfens und trotz mancher Potenzphantasien der Briten und besonders der Franzosen im Jahrzehnt de Gaulles auf die Taillenweite von nur noch europäischen Großmächten geschrumpft waren. Tatsächlich waren die USA in der Atlantischen Gemeinschaft der alleinige Hegemon, der in bezug auf den Krisen- und Kriegsfall sowie im Verhältnis zur Sowjetunion in allererster Linie, doch bis in die frühen siebziger Jahre auch wirtschaftlich ziemlich unangefochten dominierte.

Dennoch blieben in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einige wenige Kernelemente der anfänglichen Dreier-Hegemonie auch nach 1955 rechtlich erhalten – die Rechte der drei Westalliierten in Berlin (West) und in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen. Bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im Jahr 1990 kam das nochmals deutlich zum Vorschein, um erst dann, und dies für immer, in dem tiefen Brunnen der Vergangenheit zu versinken³⁴.

Von den beiden schwächeren Mächten dieser Dreier-Hegemonie war es vor allem Frankreich, das anfänglich die Kraft, oder sagen wir besser, den Widerstandsgeist, aufbrachte, den amerikanischen Wünschen zu widerstreben³⁵ – bei

amerikanischen Beziehungen, aber auch der raschen Evolution dieses Beziehungsmusters zwischen 1949 und 1955 nicht ganz gerecht. Auch im Licht der in vielen Einzelpunkten zu detaillierten Erkenntnissen gelangenden neuesten Forschung kann der Verf. an der in Bd. 2 der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Wiesbaden, Stuttgart 1981) auf Grundlage erstmals erschlossener Archivalien erarbeiteten Gesamtdarstellung des Handlungsspielraums der Bundesregierung durchaus noch festhalten. Eine Darstellung und Bewertung des einschlägigen Forschungsstands hat neuerdings *Rudolf Morsey* gegeben: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, München 42000).³⁴ Zu den rechtlichen und faktischen Einschränkungen des Handlungsspielraums der Bundesrepublik siehe die auf solider Quellenbasis beruhende Darstellung von *Helga Haftendorn, Henning Riecke*, „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949–1989 (Baden-Baden 1996).

³⁵ Über Motivationen, Führungsstil und Entwicklung amerikanischer „leadership“ in der atlantischen Allianz, auch zur Einstellung Washingtons gegenüber dem Aufbau der europäischen Integrationsgemeinschaften, liegen ganze Berge von Untersuchungen vor, aus denen die Ambivalenz der Beziehungen zwischen der Hegemonialmacht und den europäischen Bündnismitgliedern ebenso hervorgeht wie häufige Widersprüchlichkeit auf Seiten der Regierungen diesseits und jenseits des Atlantik. Statt langer Ausführungen nur ein einziges Bei-

der Gründung des „Weststaates“, bezüglich des Grundgesetzes, bezüglich der Kontrolle über die westdeutsche Montanindustrie, in der Saar-Frage und vor allem in bezug auf den Wehrbeitrag der Bundesrepublik Deutschland. Doch zu mehr als Verzögerungsmanövern und Modifikationen reichte das Gewicht Frankreichs nicht aus.

Immerhin brachte Paris mit dem Schuman-Plan ein ganz neues, zukunftsweisendes Konzept ins Spiel: die Errichtung westeuropäischer Gemeinschaften *ohne* Beteiligung der Amerikaner und längere Zeit auch ohne die Briten, so daß Frankreich gegenüber der wirtschaftlich bald überlegenen Bundesrepublik, aber auch gegenüber der amerikanischen Hegemonialmacht direkt oder wenigstens indirekt mehr Gewicht auf die Waage zu bringen vermochte. Der Versuch mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte zwar, doch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hatte Zukunft, erlaubte es allerdings der Bundesrepublik gleichzeitig, innerhalb dieser anfänglichen Sechsergemeinschaft mit Frankreich zusammen eine halbwegs zurückhaltende und von den Partnern doch auch konkurrenzierte deutsch-französische Doppel-Hegemonie innerhalb der EWG zu praktizieren.

spiel: *Pierre Melandri*, der die Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Verbündeten in verschiedenen Untersuchungen behandelt hat, sieht in dem amerikanischen Verhältnis zur Bundesrepublik nur den Teilaspekt einer viel umfassenderen, sehr komplizierten Ambivalenz. So konstatiert er etwa für die Jahre 1947/48, also in einer Phase ganz unangefochtener amerikanischer Dominanz, als es um den Marshall-Plan ging, auf seiten der Truman-Administration große Zurückhaltung („au nom des principes de libre-détermination des peuples et d'indépendance politique qu'elle souhaite incamer face au bloc soviétique“), während der Kongreß die amerikanischen Interessen viel ungenierter artikuliert habe, „refus d'une attitude impérialiste à l'égard de ses protégés“ einerseits, Überzeugung aber andererseits, daß die Rolle als Schutzmacht auch gewisse Rechte verleiht (Les États-unis face à l'Unification de l'Europe 1945–1954, 1^{er} tome, Lille 1979, pp.V–VI). Die zweibändige, reich dokumentierte Untersuchung endet mit einer schönen Anekdote, bei der anlässlich einer von Francois-Poncet für den amerikanischen Hohen Kommissar in der Bundesrepublik, James Conant, in Paris gegebenen Soirée am 23. Dezember 1954 ein hoher französischer General zu Conant bemerkt: „Oh! vous êtes le Haut Commissaire américain en Allemagne. Les Allemands sont un des peuples les plus difficiles. À quoi l'ancien président de Harvard répond: „Pour nous, Américains, tous les Européens paraissent des peuples difficiles““ (2^{ième} tome, pp. 983 f.). In einer weiteren Untersuchung zum Jahrzehnt zwischen dem von *Kissinger* proklamierten Jahr Europas und der Raketenstationierung in der Bundesrepublik konstatiert *Melandri* gleichfalls ein hohes Maß an Ambivalenz, wobei die Unsicherheit gegenüber dem künftigen Kurs Bonns als wichtiges Motiv herausgearbeitet wird, an der atlantischen Allianz unter amerikanischer Führung festzuhalten: Une incertaine alliance. Les États-Unis et l'Europe 1973–1983 (Paris 1988). An der Tatsache zyklischer Malaise in der atlantischen Allianz hegt dieser französische Forscher ebenso wenig Zweifel wie an der liberalen Struktur eines immer labilen, aber auch immer wieder gefestigten Hegemonialsystems, dessen westeuropäische Mitglieder nicht nur aufgrund der Unsicherheit über die Politik der Sowjetunion und der Bundesrepublik die amerikanische Führung ertragen, sondern auch deshalb, weil sich Westeuropa nicht einigen kann. Das im Jahr 1988 verfaßte Schlußkapitel der Studie *Melandris* trägt die Überschrift: Nouvel ordre ou glissements progressifs du désordre? À la recherche du „pilier manquant“ (S. 407).

Wie wir wissen, hat de Gaulle zwischen 1958 und 1969 mit beträchtlichem Ehrgeiz, wenngleich je länger je weniger von den Partnern akzeptiert, zeitweilig den Versuch unternommen, im kontinentalen Westeuropa eine Quasi-Hegemonie Frankreichs zu errichten, anfangs mit der Bundesrepublik Deutschland als bevorzugtem Junior-Partner, dann, seit 1965, eher durch Annäherung an die Sowjetunion und zunehmend in Konfrontation mit der atlantischen Hegemonialmacht USA. Frankreich war und blieb zu schwach für seine ehrgeizige Rolle, nach dem Rücktritt de Gaulles mußte diese Strategie abgebrochen werden, und so blieb die amerikanische Vormacht über Westeuropa, somit auch über die Bundesrepublik Deutschland, bis 1990 erhalten³⁶.

Dabei hatte die Bundesrepublik faktisch bereits seit den frühen fünfziger Jahren, völkerrechtlich verbrieft seit 1955, das Recht zur autonomen Gestaltung ihrer Innenpolitik erhalten, mit Ausnahme der Notstandsrechte, welche aber nie praktisch getestet werden mußten und Ende der sechziger Jahre durch eine deutsche Notstandsgesetzgebung abgelöst worden sind.

Bonn erhielt auch das Recht zur autonomen Außenpolitik, faktisch allerdings in den Grenzen und mit den Restriktionen, welche die amerikanische Führungsmacht vorschrieb. Diese Grenzen zeigten sich durchgehend in der Berlin-Frage, überhaupt im Verhältnis zur Sowjetunion, doch auch zur Volksrepublik China.

Am spürbarsten war die Abhängigkeit von den USA, mit Einschränkungen auch von Großbritannien und Frankreich, im Bereich der Verteidigung – Aufbau, Ausrüstung und Kontrolle der Bundeswehr, Nuklearfragen, Kriegsplanung. Doch diese Abhängigkeiten waren vielfach multilateral organisiert, somit auch psychologisch erträglicher gemacht, und da der Kriegsfall nie eintrat, mußte das alles nie im Ernstfall getestet werden. Die Multilateralisierung der amerikanischen Hegemonie eröffnete für Bonn selbst den USA gegenüber diplomatische Spielräume, von denen die DDR hinsichtlich der Sowjetunion nur träumen konnte.

Zweifellos war der Aufbau und Ausbau der westeuropäischen Integrationsgemeinschaften von großem Nutzen. Und von Nutzen war auch, daß die USA bei der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Ostblock auf loyale Unterstützung angewiesen waren. Anders läßt sich ein liberales Hegemonialsystem zwischen demokratischen Verfassungsstaaten gar nicht organisieren.

Wie gewohnt, brachten die Vereinigten Staaten auch der Bundesrepublik gegenüber über gut zwei Jahrzehnte hinweg vorzugsweise ihre weltwirtschaftliche Machtposition ins Spiel. Der zuvor erwähnte Triepel hatte schon mit Blick auf die seinerzeitige mittelamerikanische Staatenwelt darauf verwiesen, daß die USA dort vorzugsweise die indirekte Beherrschung durch „Dollar-Diplomatie“ praktiziert hätten. Die Gegebenheiten in der deutschen Teilungsepoche sind damit gewiß nur

³⁶ Zur diesbezüglichen Sicherheitspolitik Frankreichs gegenüber der Bundesrepublik siehe die auf sicherer Quellenbasis beruhende Monographie von *Georges-Henri Soutou*, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996* (Paris 1996). Die verlässlichste von vielen Darstellungen der Deutschlandpolitik de Gaulles stammt von *Maurice Vaisse*, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1959–1969* (Paris 1998).

teilweise vergleichbar: Das Element des militärischen Schutzes war von vorrangiger Wichtigkeit und nach Aufnahme in die westlichen Gemeinschaften verstanden sich alle Bundesregierungen gut darauf, die Vorteile multilateraler Einhegung des amerikanischen Wirtschaftsgiganten zu nutzen. Das Smithsonian Agreement von 1971 beseitigte schließlich auch die zunehmend problematischere Anbindung der D-Mark an den Dollar.

Ich bin in diesen Punkten etwas ausführlicher geworden, um daran zu erinnern, daß und warum sich die Bundesrepublik in einem viel komplizierteren, aber auch in einem ungleich privilegiierteren Abhängigkeitsverhältnis von ihrer Hegemonialmacht befand, als dies der DDR gegenüber dem „Großen Bruder“ in Moskau beschieden gewesen ist.

Die DDR sah sich vom Anfang bis zum Ende in ein sehr viel einfacher strukturiertes Herrschaftssystem eingebunden. Und während die Bundesrepublik vergleichsweise rasch ein vergleichsweise hohes Maß an Autonomie zu erreichen vermochte, ist die DDR ungeachtet allen völkerrechtlichen Fassadenschmucks nach dem Vorbild Potemkinscher Illusions-Architektur vom Anfang bis zum Ende ein sowjetisches Quasi-Protektorat verblieben³⁷. Moskau verband dabei ein System der „indirect rule“ über gehorsame, notfalls gelegentlich drastisch eingeschüchterte SED-Kader mit direkter Aufsicht durch den sowjetischen Botschafter Unter den Linden, durch militärische Oberbefehlshaber und durch den KGB. Besonders Botschafter Abrassimow hat lange Jahre hindurch wie ein sowjetischer Prokonsul regiert, entsprechend ressentiert von der SED-Führung.

Bis zum Schluß galt in dieser Beziehung die Feststellung Triepels hinsichtlich internationaler Herrschaftssysteme: „der herrschende Staat befiehlt und weiß den Befehl mit Gewalt durchzusetzen“³⁸. Solange der Tyrann Stalin amtierte, war natürlich jeder der kommunistischen Führer auf Pfiff dressiert. Dies waren die Jahre, in denen die Wirtschaft und Gesellschaft der DDR nach dem Sowjetmodell umgekrempelt wurden. Die Sowjetisierung war zwar bei Stalins Tod erst auf dem Weg und noch keinesfalls definitiv. Sie ist aber auch während der ungeklärten Lage von 1953 bis 1955 unter der Führungs-Troika Malenkow, Chruschtschow und Bulganin und in der anschließenden Ära Chruschtschow weitergegangen. Immerhin erlaubte dieser Walter Ulbricht im Jahr 1963 die Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL), doch Breschnew erzwang den Abbruch dieses Experiments.

³⁷ Eine detaillierte Gesamtdarstellung dieses Dependenz-Systems, in der die unterschiedlichen Politikfelder ebenso untersucht werden müßten wie die Evolution von 1945 bis 1990, gehört zu den großen Forschungsdesideraten. Sie müßte anknüpfen an die Untersuchungen bei *Odd Arne Westad* u. a., *The Soviet Union in Eastern Europe, 1945–89* (New York 1994). Eine Reihe nützlicher Einzeluntersuchungen findet sich in den Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ 9 Bde. (Frankfurt a.M. 1995). Zwischenbilanzen stammen u. a. von *Hermann Weber*, *Die DDR 1945–1990* (3. überarbeitete Aufl., München 2000) und *Klaus Schroeder* (Hrsg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates* (Berlin 1994).

³⁸ *Heinrich Triepel*, *Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten* (Stuttgart 21943) 141.

Das politische System wies alle Merkmale des kommunistischen Totalitarismus auf. Indessen wurde, wohl mit Blick auf die Konkurrenz zur Bundesrepublik, anders als in dem Einparteienstaat Sowjetunion das schein-pluralistische Parteiensystem beibehalten, wenngleich unter völliger Kontrolle der SED. Dies hatte im Jahr 1990 weitreichende Auswirkungen, als die Parteidiktatur der SED in die Legitimationskrise geraten war.

Kein Gedanke daran, daß die DDR irgendwelchen unkontrollierbaren Reform-Spielraum erhielt. Aus sowjetischer Sicht war die DDR die Klammer zum Ostblock und wegen der Einflüsse aus der Bundesrepublik galt sie in Moskau als potentiell instabil. Ein Staat, dessen Bevölkerung durch eine Mauer und Grenzschutzanlagen mit Schießbefehl oder automatische Tötungsmaschinen eingesperrt werden muß, erfreut sich keiner Stabilitätsvermutung. Entwicklungen wie in Jugoslawien oder 1956 in Ungarn und Polen oder 1968 in der CSSR und Anfang der achtziger während des Aufbegehrens von Solidarność in Polen sind in der DDR stets schon im Keim erstickt worden. Nur ein vergleichsweise kleines Häuflein gründlich überwachter oder expatriierter Dissidenten im intellektuellen Bereich erlaubte sich unter diesen Bedingungen „das Narrenspiel der Hoffnung“³⁹, wie der Pessimist Jacob Burckhardt solche Einstellungen genannt hat.

In allen Fragen, die mit der nationalen Teilung zusammenhingen, war der Spielraum besonders eng. Als sich Ulbricht zu Beginn der siebziger Jahre in Sachen völkerrechtlicher Anerkennung durch die Bundesrepublik und in der Berlin-Frage der Moskauer Konzessionsbereitschaft widersetzte, wurde er gestürzt. Auch Honecker mußte sich der mißtrauischen Supermacht beugen. Während ihm Generalsekretär Andropow zu Beginn der achtziger Jahre einigen deutschlandpolitischen Spielraum eingeräumt hatte, so daß die DDR durch Zahlungen aus der Bundesrepublik ihrer Liquiditätsprobleme Herr werden konnte, erzwang Tschernenko nach Andropows Tod die Absage seines geplanten Besuchs in der Bundesrepublik. Auch die Preisgabe der starren DDR-Führung erst mit Honecker, dann mit Egon Krenz an der Spitze, muß als Manifestation vorerst noch uneingeschränkter Oberhoheit der Herrschaftsmacht verstanden werden. Solange das Gravitationsfeld in Moskau aktiviert war, hielt sich der Satellit in der Umlaufbahn; als das Gravitationsfeld zusammenbrach, stürzte auch der Satellit ab.

Und wie haben sich die Dominanz der Sowjetunion und die Hegemonie der USA auf Gesellschaft und Kultur in der DDR bzw. in der Bundesrepublik ausgewirkt? In totalitären Systemen sind Gesellschaft und Kultur, wie immer man sie definiert, keine herrschaftsfreien Bereiche. Familienleben und Erziehung, Religion und andere weltanschauliche Überzeugungen, life-styles und wissenschaftliche Forschung, Literatur, Theater und Künste, Traditionen und individuelle Glücksvorstellungen – alles steht prinzipiell zur Disposition und ist nach kommunistischen Zielvorstellungen früher oder später, oberflächlich oder bis in die Tiefe reichend, jedenfalls planmäßig umgeformt und verformt worden. Wieweit in

³⁹ Dazu jetzt der lexikalische Überblick von *Hans-Joachim Veen* u.a. (Hrsg.), *Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur* (Berlin 2000).

dieser Hinsicht überkommene, genuin deutsche Traditionen erhalten blieben, wieweit das Sowjet-Modell nachgeahmt werden mußte, wieweit die gesellschaftliche Umgestaltung vorwiegend nach den Vorstellungen deutscher Kommunisten erfolgte, ist ein weites Feld und wird die Forschung noch lange beschäftigen. Soviel ist jedenfalls sicher: Anders als in der Bundesrepublik die Vereinigten Staaten oder die Westmächte, hat die imperiale Sowjetunion im Fall der DDR entscheidenden Einfluß auf die revolutionäre Umgestaltung genommen.

Auch das westliche Deutschland ist zwar nach der Okkupation im Jahr 1945 gewaltsam für die unterschiedlichsten westlichen Einflüsse geöffnet worden. Sie ist auch nach dem Ende der Besatzungsjahre eine offene Gesellschaft geblieben, aufnahmebereit auch für die damals attraktiv erscheinende Kultur der Vereinigten Staaten oder – man denke an Literatur, Philosophie und Theater – auch Frankreichs⁴⁰. Von einer planmäßigen Verletzung der innersten kulturellen Bereiche kann aber keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: Wenn die Westdeutschen in ihrer großen Mehrheit im Kalten Krieg die Partei der westlichen Demokratien ergriffen haben, so auch deshalb, weil sie sich diesen Gesellschaften trotz vorangegangener Deformation durch den Nationalsozialismus kulturell verbunden fühlten oder weil sie in längerem Gewöhnungsprozeß deren Vorzüge, jedenfalls das, was sie für Vorzüge hielten, für nachahmenswert erachtet haben – von den legeren Umgangsformen über die Moden der Jugendkultur bis zur Gesamtschule und zur Genieheit, weltweit die Demokratisierung und die Geltung westlicher Menschenrechte einzufordern. Denn auch den Westdeutschen war von Anfang an bewußt, daß sie in einem planetarischen Zeitalter lebten, in dem sich die Deutschen aufgefordert sahen, in den globalen Konflikten Partei zu ergreifen.

III.

Wie haben sich nun die globalen Bedingungen des Kalten Krieges, wie hat sich die Dekolonisierung, wie haben sich die geostrategischen Machtkämpfe in Übersee, und wie haben sich die weltwirtschaftlichen Verflechtungen auf die deutsche Teilung ausgewirkt? Auch in dieser Hinsicht müssen einige wenige Hinweise genügen.

Ausschlaggebend waren hier die globalen Konflikte und Verwicklungen der Hegemonialmächte. Wenn eben ausgeführt wurde, daß Großbritannien und Frankreich schon in einer vergleichsweise frühen Phase der deutschen Teilungsepoche lernen mußten, daß sie nicht mehr die erste Geige spielten, so in erster Linie deshalb, weil die Dekolonisierung viel von ihren Energien absorbierte und sie schließlich zwang, von den überseeischen Weiten gewissermaßen nach Europa zu-

⁴⁰ Zum Gesamtkomplex der „Verwestlichung“ siehe neuerdings die Darstellung von *Manfred Görtemaker*, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart* (München 1999). Dort findet sich im Anmerkungsstil die recht reichhaltige Sekundärliteratur zur Thematik ziemlich vollständig verzeichnet.

rückzukehren. Vor allem Frankreich wurde erst durch den Indochinakrieg, dann durch den Algerienkrieg entscheidend geschwächt. Als es sich schließlich unter Abstoßung der nordafrikanischen Bürde nach 1962 mit ganzer Kraft der Gestaltung des europäischen Staatensystems zuwenden konnte, war die Bundesrepublik bereits zu einer mehr als ebenbürtigen europäischen Großmacht herangewachsen, die sich jedem hegemonialen Führungsanspruch zu entziehen vermochte.

Der entscheidende Vorgang bei der deutschen Teilung war und blieb natürlich der Ost-West-Konflikt. Dieser oszillierte zwischen Konfrontationsperioden und Entspannungsphasen. Daß und warum dabei auch die Differenzen über die deutsche Teilung von 1947 bis 1963, dann erneut 1982/83 anläßlich der Raketenstationierung in der Bundesrepublik ein Hauptthema der weltweiten Konfrontation darstellten, bedarf keiner weiteren Erörterung. Konfrontationsphasen des Kalten Krieges, auch die Entspannungsperioden konvergierten wenigstens zeitweise in Deutschland. Kaum hatten sich die drei Westmächte im Sommer 1955 mit der sowjetischen Führung in Genf zum ersten großen Entspannungsgipfel zusammengefunden, da reiste auch schon Bundeskanzler Adenauer nach Moskau, um dort im Kreml einen – allerdings nur kurze Zeit haltbaren – Modus vivendi zu vereinbaren.

Kaum zeigten sich Nixon und Kissinger entschlossen, die Sowjetunion Breschnews in einen neuen Spannungsdialo einzubeziehen, da handelten Brandt, Bahr und Scheel, eher etwas mißvergnügt toleriert von den USA und den anderen Deutschland-Mächten des Westens, einen umfassenden, bis zur Wiedervereinigung halbwegs haltbaren Modus vivendi über die deutsche Teilung aus, bedingte Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze mit inbegriffen⁴¹.

Von da an konzipierten auch die folgenden Bundeskanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl zusammen mit Hans-Dietrich Genscher die bundesdeutsche Ostpolitik prinzipiell als Entspannungspolitik, dies selbst dann, wenn die Hegemonialmacht Amerika dagegen opponierte – bei den von der Bundesrepublik nur halbherzig mitgetragenen Afghanistan- und Polen-Sanktionen, bei den Verhandlungen um die Null-Lösung für Mittelstreckenraketen und hinsichtlich der harten anti-kommunistischen Linie in Mittelamerika, die sich im Washington Ronald Reagans durchsetzte⁴².

⁴¹ Eine neuere Darstellung der sozial-liberalen Ostpolitik fehlt. Für die Vorgeschichte und die Durchsetzung dieser Neuorientierung bleiben nach wie vor maßgeblich die – vielfach aus Parteiakten sowie Nachlässen und Akten der Beteiligten erarbeiteten – Bände der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: *Klaus Hildebrand*, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969; *Karl Dietrich Bracher*, *Wolfgang Jäger*, *Werner Link*, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt (Stuttgart 1986); *Wolfgang Jäger*, *Werner Link*, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt (Stuttgart 1987). Siehe auch *Arnulf Baring*, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel (Stuttgart 1993).

⁴² Das arbeitet besonders *Timothy Garton Ash* nachdrücklich heraus: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent (München 1993). Einen insgesamt guten, analytisch ausgelegten Überblick über die hier interessierenden außenpolitischen Vorgänge im geteilten Deutschland während der achtziger Jahre vermitteln die im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegebenen Jahrbücher: Die Internationale Politik (für

Durchgehend galt dabei: Wie immer auch die globale Großwetterlage im Ost-West-Konflikt beschaffen war, so waren die Bundesregierungen durchweg bemüht, in Spannungsperioden die Blitze möglichst vom deutschen Dach abzuleiten und in Entspannungsperioden rasch mit dabei zu sein oder gar den Vorreiter zu spielen. Das galt sogar zumeist für Adenauer, den während des Kalten Krieges konfrontativsten aller deutschen Bundeskanzler. Bundesdeutsche Behutsamkeit war natürlich aufgrund der Exponiertheit der Bundesrepublik geboten, besonders auch wegen Berlin, das fortdauernd zu Erpressungen einlud, desgleichen aber auch zum Zweck menschlicher Erleichterungen für die Deutschen in der DDR.

Der Kalte Krieg in Übersee hat verschiedentlich die deutsche Teilung stark beeinflusst. 1950 bis 1953 ist es vor allem der Korea-Krieg gewesen, der die USA zum abrupten Kurswechsel ihrer Deutschlandpolitik veranlaßt hat, also der Bundesrepublik sehr viel rascher als eigentlich vorgesehen Souveränität zuzuerkennen, eine westdeutsche Armee aufzubauen und keine sehr ernsthaften Bemühungen um Wiedervereinigung mehr vorzunehmen. Verteidigungsminister Forrestal hatte schon sehr früh die Grundüberlegung seinem Tagebuch anvertraut, man könne nicht gleichzeitig mit der Sowjetunion einen Kalten Krieg führen und auch noch Deutschland und Japan niederhalten. Nun wurden Japan und der deutsche Kernstaat im Westen zu Eckpfeilern des amerikanischen Containment-Systems.

Spätere weltpolitische Konfrontationen im Ost-West-Verhältnis haben demgegenüber die Spannungen im geteilten Deutschland nur geringfügig verstärkt – die Indochina-Krise 1954, die Suez-Krise 1956, die Krisen in der Straße von Formosa, die Kongo-Krise zu Beginn der sechziger Jahre und der Vietnam-Krieg. Erst von 1980 bis 1985 schlugen Konfrontationen, die vor allem in Übersee ihre Schwerpunkte hatten, verstärkt auf Deutschland zurück – sowjetische Aktivitäten im Horn von Afrika, die Krise am Persischen Golf nach dem Sturz des Schah, Afghanistan und Mittelamerika. Sie weckten nicht nur im westlichen Deutschland Ängste, sondern auch in Ost-Berlin.

Bemerkenswert ist, wie wenig nach dem Waffenstillstand in Korea die sehr wechselvollen amerikanisch-chinesischen und die genauso wechselvollen sowjetisch-chinesischen Beziehungen die deutsche Teilung positiv oder negativ beeinflusst haben. In der Bundesrepublik war zwar immer wieder einmal von der „chinesischen Karte“ die Rede⁴³; schon früh hatte auch Adenauer nach den berühmten

die Jahre 1979 bis 1990 sechs Bde., München 1983–1992). Im übrigen gilt: Die zünftige Geschichtswissenschaft hat kein Monopol auf historisches Verständnis. Das ist unschwer zu erkennen, wenn man beispielsweise die Abfolge dieser seit 1958 erscheinenden Jahrbücher, die entsprechenden Aufsätze im Europa-Archiv, eine Vielzahl zeitgenössischer politologischer Analysen oder auch vielfach anspruchsvolle, mit historischem Hintergrundwissen geschriebene Aufsätze in Tages- oder Wochenzeitungen mit der Frage heranzieht, welche zusätzlichen und vertieften Erkenntnisse von den Abläufen eigentlich die sehr viel später einsetzende, auf zuvor unzugängliche Archivalien gestützte, im strengen Sinn historiographische Forschung zu erbringen weiß.

⁴³ An fundierten politologischen Arbeiten zur China-Politik der Bundesrepublik herrscht zwar kein Mangel. Doch wer heute beispielsweise die China-Studien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik aus den siebziger Jahren (Die Außenpolitik Chinas. Entschei-

Äußerungen Chruschtschows auf seiner Datscha anlässlich des Moskau-Besuchs daran überzogene Hoffnungen geknüpft, doch die Wetterzonen im Fernen Osten waren zu weit entfernt und die Wetterlage so kompliziert und labil, daß es jede Bundesregierung für richtig hielt, sich aus den dortigen Konflikten möglichst herauszuhalten. Welche Bedeutung die Zusammenstöße am Ussuri oder sowjetische China-Phobie in den achtziger Jahren für die Deutschlandpolitik des Kreml gehabt haben, ist ohne Kenntnis der sowjetischen Archive nicht verlässlich auszumachen.

Alles in allem läßt sich doch feststellen, daß die anfangs im Kalten Krieg so virulente deutsche Frage seit Beginn der siebziger Jahre weitgehend eingekapselt erschien. Von jetzt an wurde das geteilte Deutschland eher zum Experimentierfeld der Entspannungspolitik als zum Spannungsfeld erneuter Konfrontationen. Nur die Nachrüstung der Jahre 1982/84 bildete eine Ausnahme.

Erwähnung verdient noch das Phänomen, daß beide deutsche Staaten nachhaltige Anstrengungen unternommen haben, ihre jeweiligen Positionen durch Aktivitäten in Übersee zu verbessern.

Als sich Mitte der fünfziger Jahre in Moskau und dementsprechend auch in Ost-Berlin das Konzept deutscher Zweistaatlichkeit endgültig durchgesetzt hatte, war man dort natürlich sehr entschieden bestrebt, in Indien, im Nahen Osten, bald auch in den unabhängig gewordenen Ländern Schwarzafrikas den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik auszuhebeln und die jungen Staaten zur vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu veranlassen. Umgekehrt setzte Bonn alle Mittel ein – Militärhilfe, Rüstungsexporte, Ausrüstungshilfe, auch, so das erreichbar war, Druck des amerikanischen Verbündeten –, um dem entgegenzuwirken. Erstaunlicherweise gelang an die zwanzig Jahre lang das Kunststück, die ständig steigende Anerkennungsflut einzudämmen⁴⁴, dies unter anderem auch deshalb, weil die westlichen Verbündeten davon überzeugt werden konnten, die volle Anerkennung der DDR wie im Beispielfall Kuba sei als Indiz dafür zu werten, daß das betreffende Land in den Ostblock hinübergeglitten sei.

dungsstruktur – Stellung in der Welt – Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, München 1975) oder das von *Rüdiger Machetzki* herausgegebene Handbuch (Deutsch-chinesische Beziehungen. Ein Handbuch, Hamburg 1982) durchsieht, findet hinlänglich viele Themen, die heute von der zünftigen Zeitgeschichtsforschung mit den nunmehr zur Verfügung stehenden Quellen zu bearbeiten wären. – Zur Rolle Chinas im deutschlandpolitischen Kalkül Adenauers siehe vom Verf.: Adenauer. Der Staatsmann, 1952–1967 (Stuttgart 1991) 221 f. und – im Gesamtkontext seiner deutschlandpolitischen Überlegungen: Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers, 1955–1958 (Rhöndorfer Gespräche 2, Stuttgart 1979) 7–40. Damals erweckten die Bücher *Wilhelm Stalling's* Aufmerksamkeit: Grenzen der Sowjetmacht (Würzburg 1955) und: Hinter Rußland China (Würzburg 1957), der aufgrund seiner Gespräche mit Russen während der Gefangenschaft auf die China-Phobie in der Sowjetunion aufmerksam machte.

⁴⁴ In den schon weiter oben erwähnten Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1963 bis 1970 lassen sich die entsprechende Strategie und Taktik, zugleich allerdings auch die Dauerkrise der Hallstein-Doktrin während der sechziger Jahre im einzelnen sehr schön studieren.

Nach Aufgabe der Hallstein-Doktrin durch Bonn trat eine Beruhigung ein. Die Bundesregierungen zeigten sich zwar weiterhin willens, ihre Entwicklungshilfe nicht bloß am Ziel der Wirtschaftsförderung zu orientieren oder sich von humanitären Motiven leiten zu lassen⁴⁵; geostrategische Zielsetzungen im Kontext des Ost-West-Konflikts waren ihnen auch jetzt nicht fremd – etwa Ägypten oder Pakistan oder Israel gegenüber, wobei im Fall Israels auch die Schuld für den Genozid ins Gewicht fiel⁴⁶.

Alles in allem spielte aber die Dritte Welt, nachdem 1972 der *Modus vivendi* unter Dach und Fach war, aus westdeutscher Sicht im Kontext der deutschen Teilung so gut wie keine Rolle mehr. Zusehends ging Bonn jetzt dazu über, das innerdeutsche Verhältnis als ein primär deutsch-deutsches Problem zu verstehen, und in Übersee, wo man jahrzehntelang aus der deutsch-deutschen Rivalität Nutzen gezogen, aber auch viel diplomatischen Ärger gehabt hatte, nahm man dies gelassen zur Kenntnis.

Demgegenüber ist es auffällig, wie die kleine, endlich als Völkerrechtssubjekt international anerkannte DDR von nun an eine rege und kostspielige Aktivität ganz besonders in Ländern der Dritten Welt zu entwickeln versuchte⁴⁷. Manches mag aus dem Nachholbedarf zu erklären sein. Wesentlich war aber, daß die seit Mitte der siebziger Jahre in Schwarzafrika, in Mittelamerika und mit Stützpunkten in Vietnam offen expansive Sowjetunion die DDR zur Unterstützung ihrer Weltpolitik einsetzte. Ähnlich wie die Kubaner, wenngleich in geringerer Zahl,

⁴⁵ Auch Teildarstellungen oder gar eine Gesamtdarstellung der deutschen Entwicklungspolitik gehören noch zu den zeitgeschichtlichen Forschungsdesideraten, denen zumindest bis in die frühen siebziger Jahre durchaus abgeholfen werden könnte.

⁴⁶ Beim Blick auf den zeitgeschichtlichen Forschungsstand zur bundesdeutschen Außenpolitik, einschließlich Außenwirtschaftspolitik bezüglich der Länder und Regionen des Fernen Ostens, in Südostasien, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika fühlt man sich an Land- und Seekarten des 17. Jahrhunderts erinnert – vielerorts noch breite weiße Flecke, manche mit den Bildern von Fabelwesen gefüllt. Recht präzise ausgeführt waren auch damals schon die Partien, auf denen das Heilige Land abgebildet war. Auch heute ist an Arbeiten über die Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel kein Mangel, so, als hätte sich die Nahostpolitik der Bundesrepublik darin erschöpft. Wieviel in dieser Hinsicht zu entdecken ist, beweist die Untersuchung von *Sven Berggötz*, Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949–1963 (Düsseldorf 1998). Vieles ist aus der Tagespresse und aus politologischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen bekannt, doch die Mehrheit der zünftigen Zeithistoriker wendet sich den offenen Länderakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes oder den einschlägigen Beständen im Bundesarchiv nur zögernd zu.

⁴⁷ Obschon die DDR in den zwei Jahrzehnten vor ihrem Zusammenbruch vergleichsweise aufwendige Übersee-Aktivitäten entfaltete, haben diese in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und auch auf Seiten der Außenpolitik-Forschung, selbst bei einem Großteil der Presse, nur vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit erweckt. Nachdem die CDU/CSU 1982 wieder an die Regierung gekommen war und mit der Entspannungspolitik ihren Frieden gemacht hatte, ließ auch die während der Regierungen Brandt und Schmidt recht wache Aufmerksamkeit von Seiten oppositioneller Abgeordneter spürbar nach. Und obschon seither die einschlägigen Archive der DDR größtenteils zugänglich sind, hält sich die entsprechende Neugier der Forschung sehr in Grenzen. Auch hier sind Forschungsdesiderate zu verzeichnen.

wurden nun Stasi-Experten oder Militärberater in eine Reihe der umkämpften Länder eingeflogen – nach Angola, Mozambique, Äthiopien, nach Süd-Jemen und nach Nicaragua. Rückwirkungen auf die deutsche Teilung hatte dies zwar nicht, war aber wohl ein Indiz für die völlige Abhängigkeit der DDR von den Wünschen der Sowjetunion, die sich damals, ohne das zu ahnen, im letzten Akt ihrer imperialen Expansionspolitik befand, wobei für wenige Jahre der langsame Niedergang des Westens wahrscheinlicher schien als der Kollaps des kommunistischen Lagers.

Das waren die Jahre, als Raymond Aron, der nicht zu den Ängstlichen gehörte, 1976 ein recht pessimistisches Buch veröffentlichte. Er gab ihm den Titel „Plädoyer für das dekadente Europa“, und das Schlußkapitel trug die Überschrift: „Zwei Gespenster gehen um in Europa: Die Freiheit und die Rote Armee“⁴⁸. Das Kräfteverhältnis im Kalten Krieg schien offener denn je, und wer sich letztlich durchsetzen würde, war Anfang der achtziger Jahre noch recht unsicher.

IV.

Dies führt zum letzten Punkt der Betrachtungen zu den internationalen Aspekten der deutschen Teilungsepoche, und hier ist stärker als bisher auf einen Aspekt einzugehen, der bisher weitgehend ausgespart wurde – auf die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die auf die Teilung einwirkten und die schließlich den Zusammenbruch der DDR vorbereitet haben.

Schon seit längerem findet unter ernsthaften Historikern die Fama keinen Glauben mehr, allein das Auftreten des weisen Humanisten Gorbatschow⁴⁹ und eine unwiderstehlich friedliche Revolution in Leipzig, Berlin und in anderen Städten der DDR habe die deutsche Teilung beendet. Alles war, wir wissen dies, vielschichtiger.

Wie stets bei derartigen Zusammenbrüchen ist einerseits zwischen den strukturellen Bedingungen zu unterscheiden, die zur letalen Krise führten, andererseits zwischen den die Existenzkrise unmittelbar auslösenden Personen und Faktoren. Meinem Thema entsprechend, konzentriere ich mich auch hier auf die weltpolitischen Aspekte, welche die deutsche Teilungsepoche schließlich zu Ende gebracht haben, ohne daß ich dabei die Bedeutung genuin innenpolitischer Faktoren in der DDR in Abrede stellen möchte. Aber so wie die deutsche Teilung ein Resultat weltpolitischer Vorgänge war, die weit über Deutschland hinausreichten, ist auch ihre Beendigung in erster Linie von den internationalen Bedingungen herbeigeführt, zumindest aber ermöglicht worden.

⁴⁸ *Raymond Aron*, Plädoyer für das dekadente Europa (Stuttgart 1976).

⁴⁹ Unter den zahlreichen Arbeiten zu Gorbatschow zählt zu den besten die inzwischen auch ins Deutsche übersetzte Monographie von *Archie Brown*, *The Gorbachev Factor* (Oxford 1996). Zu den kontroversen Einschätzungen dieser ambivalenten Größe siehe auch die entsprechende Studie des Verf.: „Der größte Reformator des Jahrhunderts“: Gorbatschow, in: *Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten* (Berlin 1998) 739–749.

Gewiß wird niemand die Schlüsselrolle Gorbatschows bestreiten. Ohne diesen letzten Generalsekretär der KPdSU, der gleichzeitig intelligent, beweglich, wohlmeinend, reformerisch und schwach war, hätte es früher oder später wohl auch eine Krise der Sowjetunion gegeben, aber keine friedliche Umwandlung des Ostblocks und keinen Übergang der mittel- und ostmitteleuropäischen kommunistischen Länder ins Lager der westlichen Demokratien.

Nur gilt eben auch, daß sich Gorbatschow nicht mit der Absicht auf den Weg gemacht hatte, das sowjetische Imperium zu liquidieren. Ohne die übermächtige Dynamik im kapitalistischen Weltsystem wäre er nicht zum Zauberlehrling geworden, der sein eigenes System gewissermaßen der Besenreinigung unterziehen wollte, dann aber rasch von außen und von innen die Wassergüsse hereinbrechen sah, ohne sich an das Zauberwort zu erinnern. Von den zahlreichen Strukturbedingungen, die dabei Bedeutung hatten, seien nur drei genannt.

Da waren – erstens – die Kosten dessen, was man seit den Jahren des Vietnam-Kriegs in den USA als „imperial overstretch“ zu bezeichnen pflegte. Für die Sowjetunion der späten siebziger und der ersten Hälfte der achtziger Jahre hieß das: ruinöse Hochrüstung und kostspielige Übersee-Expansion, gipfelnd im Afghanistan-Abenteuer. Auf dem letzten Parteitag der KPdSU vor deren Auflösung führte Außenminister Schewardnadse aus, der gesamte Rüstungsaufwand der Sowjetunion habe sich in den Jahrzehnten von 1965 bis 1985 auf rund 25 Prozent des Bruttosozialprodukts beziffert. Allein zwischen 1965 und 1980, also unter Breschnew, hätten sich die Rüstungsausgaben verdoppelt⁵⁰.

Das verband sich – zweitens – mit dem Preisverfall für Öl und Erdgas, womit die Sowjetunion in den siebziger Jahren ihre Importe westlicher Investitionsgüter und von Weizen zu einem erheblichen Teil finanziert hatte. Jetzt sah sie sich gezwungen, den von ihrer Energiezufuhr völlig abhängigen Ländern des COMECON hohe Energiepreise in Rechnung zu stellen mit entsprechend bedenklichen Auswirkungen auf deren Volkswirtschaften. Das verschärfte vor allem auch in der DDR die ohnehin schon angespannte Lage.

Der dritte Faktor war ein allgemeiner Wachstumsschub, der im Verlauf der achtziger Jahre die westlichen Volkswirtschaften aufblühen ließ. Deren Produktivität war den Zentralverwaltungswirtschaften des Ostblocks schon immer strukturell weit überlegen gewesen. Nun aber verschärfte eine ganze Reihe neuer Entwicklungen die Asymmetrien zwischen West und Ost: der von neo-liberalen Konzepten induzierte Wirtschaftsboom in den USA während der Präsidentschaft Ronald Reagans in Verbindung mit dem Rüstungsboom (beides teilweise durch Deficit-Spending finanziert), die technologische Schubkraft des Computer-Zeitalters, das Sinken der Ölpreise, das Herauskommen der Volkswirtschaften Westeuropas aus der Rezession und das Wachstum der kapitalistischen Volkswirtschaften in Asien, aber auch in Lateinamerika.

Die Gesamtheit dieser und anderer globaler Bedingungen zwang die Sowjetunion unter Gorbatschow, den Kalten Krieg abzubrechen. Die Expansion in der

⁵⁰ Lothar Rühl, *Aufstieg und Niedergang des Russischen Reiches* (Stuttgart 1992) 536.

Dritten Welt von Mittelamerika über Afrika bis Afghanistan wurde eingestellt. Die unsinnige Hochrüstung wurde von Strategien der Rüstungskontrolle und Abrüstung abgelöst. Die ideologische Abschottung von den westlichen Zivilisationen machte einer erst behutsamen und bald stürmischen Öffnung Platz. Gorbatschow war erfolgreich bemüht, durch eine Vielzahl von Reisen in die westlichen Länder und durch Gipfelbegegnungen zu demonstrieren, daß die Sowjetunion nunmehr ein vertrauenswürdiges, kooperatives Mitglied in der Weltstaaten-gesellschaft sei. Natürlich lag dieser nunmehr echten Entspannungspolitik vor allem auch das Bestreben zugrunde, weitere dringend benötigte westliche Kredite zu erhalten.

Dieser Neuansatz trug anfangs durchaus Früchte. Nie im 20. Jahrhundert ist Rußland und ein russischer Staatsmann im Westen so populär gewesen wie Gorbatschow bis ins Jahr seines Sturzes und zur Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991.

Der neue Kurs hatte aber seinen Preis. Die überanstrengten Volkswirtschaften des Ostblocks konnten nicht mehr mit sowjetischer Wirtschaftshilfe rechnen. Moskau mußte ihnen zugestehen, der eigenen Probleme mit welchen Reformen auch immer Herr zu werden und sich notfalls auch im Westen zu verschulden.

Das traf vor allem die DDR. Dort hatte Honecker eine für DDR-Verhältnisse kostspielige Sozialpolitik initiiert gehabt aus der durchaus zutreffenden Erkenntnis heraus, man müsse die hinter Mauer und Grenzbefestigungen eingesperrte Bevölkerung, welche sich jedoch Abend für Abend beim Westfernsehen vom real existierenden Sozialismus verabschiedete, wenigstens halbwegs bei Laune halten. Das war nicht mehr aus Eigenmitteln finanzierbar. Denn gleichzeitig galt es, den sowjetischen Lieferbedarf weiter zu bedienen, die unproduktiven Militär- und Repressionsapparate weiter zu finanzieren und zumindest in einigen wirtschaftlichen Schlüsselsektoren ein Minimum an Investitionen vorzunehmen.

Somit schien eine bald recht weitgehende, wenngleich nur unter größter Heimlichkeit vorgenommene Verschuldung auf den westlichen Kapitalmärkten unausweichlich. Aber auch die Abhängigkeit von der Bundesrepublik, die sich mit unterschiedlichsten Leistungen und in durchaus phantasievollen Formen zur Kasse gebeten sah, wurde von Jahr zu Jahr größer und riskanter. Immerhin konnte die SED-Führung anfangs von der Regenschirm-Theorie ausgehen: kritischenfalls würde eben Moskau einspringen, das mit der Breschnew-Doktrin gewissermaßen ein Grundpfandrecht auf die DDR eingetragen hatte.

Nachdem sich Gorbatschow dafür entschieden hatte, für die westliche Galerie den Friedensfürsten zu spielen, um die eben skizzierten Strukturprobleme des eigenen Landes auch durch Arrangements mit dem Westen zu lösen, paßte aber die Breschnew-Doktrin nicht mehr in die politische Landschaft und mußte widerrufen werden. Das bedeutete indessen: Künftig war jede Parteiführung im Ostblock auf sich gestellt und dazu verurteilt, unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko Fundamentalreformen in Gang zu setzen. Gorbatschows Sprecher Gennady Gerasimow fand dafür die schöne

Formulierung: Wir haben die Breschnew-Doktrin durch die Frank-Sinatra-Doktrin ersetzt: I did it my way.

In dieser Lage konnten die Ostblock-Führungen eigentlich nur Fehler machen. Liberalisierten sie, so wurden sie abgewählt wie in Ungarn und Polen. Erwiesen sie sich als reformunlustig wie die Führung der CSSR oder der DDR, so wurden sie von Gorbatschow fallengelassen. Und kamen dann zu guter letzt schließlich doch noch ängstliche Reformer des Typs Modrow zum Zuge, wurden sie gleichfalls abgewählt.

So manifestierte sich wie früher bei der seinerzeitigen Stalinisierung der Ostzone nunmehr nochmals bei der Liberalisierung der DDR 1989/90, welche in dem zuvor ganz undenkbar erscheinenden Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG ihren Abschluß fand, in stärkstem Maß der Primat des internationalen Systems. Während der kritischen Monate des Umbruchs mußte man allseits befürchten, in der DDR könne ein Chaos ausbrechen mit schweren Risiken für alle Beteiligten, die innenpolitisch prekäre Lage Gorbatschows in Moskau mit inbegriffen. Daraus resultierte letztlich die Bereitschaft Moskaus, den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik mit fester Einbindung in die NATO als das kleinere Übel zu betrachten.

Von den beiden externen Mächten, deren Rivalität über mehr als 40 Jahre hinweg die sozio-ökonomische und die sozio-politische Getrenntentwicklung in Deutschland erzwungen hatte, zog sich die halb-europäische Sowjetunion, wie Richard Löwenthal sie zu nennen pflegte, frustriert zurück, während der transatlantische Hegemon USA in Deutschland verblieb⁵¹.

Die Wette, welcher Modernisierungspfad erfolgreicher sei, der marktwirtschaftliche in den politischen Formen der westlichen Demokratie oder derjenige des Kommunismus Moskau, wurde vom Westen gewonnen. 40 Jahre DDR-Kultur, DDR-Gesellschaft und DDR-Politik, die insgesamt wie ein künstlich von der Umwelt isolierter, sozialistischer Naturschutzpark die sogenannte DDR-Identität hätten bewahren sollen, sanken innerhalb weniger Monate in sich zusammen. Erhebliche Teile der Bevölkerung und der mittleren und höheren Funktionärskader waren schon zuvor ziemlich ungläubig und mutlos geworden.

Als sich schließlich die Herren des Imperiums in Moskau resigniert abwandten, führte dies zum Triumph Amerikas in Gestalt von Präsident Bush, sekundiert von dem dankbaren Junior-Partner Helmut Kohl, der sich im richtigen Moment an die Spitze des Umbruchs in Deutschland gestellt hatte.

Denn die deutsche Teilung, das ist auch früher schon oft gesagt worden, und damit möchte ich schließen, war nicht nur ein Resultat des Kalten Krieges, der die

⁵¹ Man kann im Rückzug und im Kollaps der Sowjetunion mit guten Gründen, wie *Kissinger* dies hervorgehoben hat, eine glänzende Bestätigung der Containment-Theorie *George Kennans* verstehen, deren Bestätigung allerdings lange auf sich warten ließ: „Thoroughly American in its utopianism, it assumed that the collapse of the totalitarian adversary could be achieved in an essentially benign way“ (Reflections on Containment, in: *Foreign Affairs* 73/3 May/June 1994, 130).

Weltpolitik von 1947 bis 1990 so tiefgreifend bestimmt hat, sie war auch ein Gesellschaftsexperiment von welthistorischer Bedeutung.

Niemals zuvor und danach, auch nicht in Korea, ist eine moderne, vergleichsweise homogene Industriegesellschaft durch äußeren Eingriff zerschnitten und zum Aufbau radikal unterschiedlicher Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle gezwungen worden. So gesehen, haben die Deutschen in den Jahrzehnten der Teilung nicht nur einen Beitrag zum Vergleich antagonistischer Systeme unter den Bedingungen des Kalten Krieges geliefert, sondern auch zur Modernisierungstheorie. Der kapitalistisch-demokratische Weg (mit sozialstaatlicher Absicherung, versteht sich) hat sich als zukunftsfähig erwiesen, der real existierende Sozialismus hingegen als eine Modernisierungs-Sackgasse. Auch daran ist zu erinnern, wenn das Thema deutsche Teilungsepoche in globaler Perspektive zur Erörterung steht.